

Vereinigtes Königreich

HELEN WALLACE

Im vergangenen Jahr zeichnete sich die britische Europapolitik durch ein kontinuierliches „positives Engagement“ in allen Bereichen der europäischen Politik aus, besonders stark bei den Themen Wirtschaftsreform und Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Dieses positive Engagement erhöhte auch die Bereitschaft, sich an der Debatte über die politische und institutionelle Reform der EU stärker zu beteiligen, als das in der Vergangenheit für das Vereinigte Königreich charakteristisch war. Diese positive Haltung brachte jedoch keinen Wandel der britischen Politik in der Frage der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), vielmehr vermied man weiterhin eine Festlegung auf einen Zeitplan für den Beitritt zur gemeinsamen Währung. In dieser Frage wurde die Diskrepanz zwischen dem Ansatz eines positiven Engagements der Regierung und der umstrittenen innenpolitischen Präsentation besonders deutlich. Bei einem großen Teil der Öffentlichkeit blieb die EU unpopulär und die konservative Opposition wurde im Ton wie in der Substanz zunehmend europaskeptischer.

Die europäische Wirtschaft

Die britische Regierung ging selbstsicher davon aus, dass die britische Wirtschaft an sich und auch verglichen mit der Wirtschaft auf dem Kontinent in guter Verfassung sei. Diese Meinung wurde besonders stark von Finanzminister Gordon Brown vertreten, der treibenden Kraft im Kabinett bei zentralen wirtschaftlichen Fragen. Dieses Vertrauen auf Seiten der Regierung wurde durch Umfragen gestützt, die auch ein Vertrauen der Öffentlichkeit, sowohl in die Wirtschaft wie in die Wirtschaftspolitik der Regierung, zeigten. Einer der Punkte, der dieses Vertrauen bestärkte, ergab sich aus dem offensichtlichen Gegensatz zwischen der Stärke der britischen Wirtschaft und der britischen Währung auf der einen Seite und der Schwäche der Wirtschaft auf dem Kontinent und des Euro auf der anderen Seite. Auf dieser Grundlage war die britische Regierung „noch nicht überzeugt“ von den Vorteilen eines schnellen Beitritts zur WWU, sondern war vielmehr darauf bedacht, die wirtschaftlichen Reformen voranzutreiben und dem betont britischen Ansatz in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik mehr Gewicht zu verleihen.

Wirtschafts- und Währungsunion

In der Schlüsselfrage, ob und wann das Vereinigte Königreich der WWU beitreten solle, veränderte sich während des vergangenen Jahres wenig. Die Regierung blieb

bei ihrer Politik, prinzipiell einen Beitritt zu befürworten, ein schnelles Erreichen der fünf Konvergenzkriterien aber nicht für realistisch zu halten. Diese Orientierung an den Kriterien ermöglichte der Regierung, eine politische Entscheidung hinauszuzögern, wenn auch einige Minister, besonders Robin Cook, Peter Mandelson und Steve Byers für einen frühen Beitritt zur WWU vermehrt in die Öffentlichkeit traten. Die konservative Partei lehnte die WWU zunehmend deutlicher ab, wenn auch ihr Vorsitzender, William Hague, sich dabei wiederholt auf die „Legislativperiode dieses Parlaments“, oder vielleicht des nächsten, bezog.

In der öffentlichen Meinung gab es weiterhin eine Mehrheit gegen die WWU, wenn auch keine überwältigende (tatsächlich unterschieden sich die Zahlen britischer Umfragen nicht wesentlich von Umfragen in manchen Mitgliedstaaten, die bereits der WWU angehören). Auf der anderen Seite zeigten die Umfragen aber auch, dass die meisten Briten dabei keine starken Ressentiments entwickelten und eine pragmatische Mehrheit den Beitritt zur WWU im Lauf der Zeit erwartete. Jedoch überzeugten diese Ergebnisse die Regierung nicht davon, dass ein Referendum zur WWU leicht gewonnen werden könnte. Stattdessen konzentrierte sich die politische Aufmerksamkeit auf den Wahlkampf für die Unterhauswahlen 2001 und seine Vorbereitung und damit auch auf die Vermeidung aller kontroversen Themen, die den Wahlerfolg gefährden könnten. Obwohl einige Teile der britischen Geschäftswelt und auch einige Stimmen in der Labour Party sich für die WWU stark machten, entwickelte sich daraus keine neue Tendenz. Daraus ergab sich für die britische Politik die Notwendigkeit, die Tür zur WWU offen zu halten und gleichzeitig soviel wie möglich von der Wirtschaftspolitik der EU im Ecofin-Rat zu halten und wenig an die Eurogruppe abzugeben.

Wirtschaftliche Reformen – die Lissabon-Strategie

Im Gegensatz zur Währungspolitik wurde die britische Regierung eine der treibenden Kräfte der Reform der Wirtschaftspolitik, die beim Gipfel in Lissabon im März 2000 beschlossen wurde. Die britische Regierung war einer unternehmerfreundlichen Politik stark verpflichtet und betonte die Notwendigkeit, die britische, wie die europäische Wirtschaft fit für den globalen Wettbewerb zu machen. Deswegen sei die zentrale Herausforderung für die Europäer, sich Ziele zusetzen, die die wirtschaftliche Umsetzung der Informationstechnologie beschleunigen. Ebenso müssten die Arbeitsmärkte liberalisiert werden, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden. In diesem Bereich, so die weitere Argumentation, seien weniger vergemeinschaftete und harmonisierte Regulierungen gefragt, die Hauptaufgabe sei vielmehr die Schaffung eines Rahmens, der profitable unternehmerische Leistung fördere. Entsprechend favorisierten die Briten die Ziele der portugiesischen Präsidentschaft und unterstützten den neuen Ansatz der Strategie von Lissabon.

Anpassung der nationalen Unterschiede

Dem britischen Ansatz – bei der WWU wie bei der Lissabon-Strategie – lag die Überzeugung zu Grunde, dass grundsätzliche Unterschiede in der wirtschaftlichen

Situation und bei den wirtschaftlichen Präferenzen zwischen den Mitgliedstaaten bestehen. Daraus folgerte man, dass eine verstärkte Harmonisierung nicht sinnvoll sei. Speziell gegen eine weitere Steuerharmonisierung sprach sich die britische Regierung besonders vehement aus. Die Regierung und besonders Gordon Brown griffen Vorschläge der Kommission oder anderer Regierungen, die auf eine Einschränkung der nationalen Autonomie bei der Steuerfestsetzung hinausliefen, scharf an, was zu mehreren Kontroversen führte. Auf dem Gipfel von Feira im Juni 2000 war Brown erfolgreich bei der Abwendung einer Angleichung der Zinsbesteuerung, indem er stattdessen eine Ausweitung des Informationsaustauschs vorschlug.

Aus ähnlichen Gründen war die britische Regierung wenig begeistert von Plänen, die EU-Sozialpolitik auszuweiten, und damit die Handlungsfreiheit der Regierungen und Unternehmer, die sich eher an nationalen Gepflogenheiten orientieren sollte, einzuschränken. Die britische Regierung war ferner bestrebt, Druck auf die französische und deutsche Regierung für Wirtschaftsreformen im britischen Sinn in diesen Ländern auszuüben. Weiter war sie besorgt über Bestrebungen, die Überwachung der Finanzmärkte zu harmonisieren und befürwortete, auch in Sorge um die starke Stellung der Londoner City in diesem Bereich, eher eine Vernetzung der nationalen Regelungen.

Umweltpolitik

Unter den anderen Bereichen der EU-Agenda hatte 2000 die Entwicklung der Verhandlungen zum Kyoto-Protokoll besondere Bedeutung. Die damals neue Regierung war eine der treibenden Kräfte bei der Aushandlung des Kyoto-Protokolls 1997 gewesen. Ende 2000 arbeitete die Regierung an Vorschlägen, sowohl die Gegensätze innerhalb der EU wie mit den USA zu überbrücken. Nachdem klar wurde, dass die USA vorläufig nicht mit ins Boot geholt werden konnten, engagierte sich die britische Regierung beim Klimagipfel in Bonn in der Ausarbeitung eines europäischen Kompromissvorschlags, der für die Mitglieder der Umbrella-Gruppe akzeptabel war. Damit trug die britische Regierung nicht nur zum Erfolg des klimapolitischen Projekts, sondern auch zum Erfolg der EU als einheitlicher außenpolitischer Akteur bei einem wichtigen globalen Thema bei.

Die europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

In Fortführung ihrer früheren Initiative zur Stärkung der europäischen Rolle in Fragen der Verteidigung und der Sicherheit stand die britische Regierung zu den *Headline Goals*, die im Dezember 1999 in Helsinki beschlossen worden waren. Die britische Regierung konzentrierte deswegen einen großen Teil ihrer Bemühungen auf die Erreichung dieser Ziele. Die Anstrengungen richteten sich auf drei Bereiche: Einmal musste, um die Krisenreaktionskräfte aufstellen zu können, der Druck zur Errichtung der geplanten Institutionen und zur Bereitstellung der zugesagten Kräfte aufrechterhalten werden. Einen weiteren Punkt stellte das Problem dar, die Unterstützung der USA für eine größere europäische Autonomie und für eine spezifische

Rolle der EU in einer Art Arbeitsteilung mit der NATO zu gewinnen. Ein drittes Problem war die schwierige Diplomatie, die nötig war, um andere europäische NATO-Mitglieder außerhalb der EU – besonders die Türkei – dazu zu bringen, den Plänen für das neue Arrangement zuzustimmen.

Durch die Erhöhung des Verteidigungsbudgets unterstrich die britische Regierung die Ernsthaftigkeit ihrer Absicht, eine führende Rolle zu spielen. Zum Teil wurde diese Entwicklung auch durch die Überlastung der aktiven britischen Kräfte, besonders der in Südosteuropa, bedingt. Außerdem sollte damit auch anderen EU-Ländern – besonders Deutschland – signalisiert werden, dass die ESVP ohne eine Erhöhung der Verteidigungshaushalte der einzelnen Länder nicht umsetzbar sei. Auch bei der Bereitstellungskonferenz im November 2000 übernahm die britische Regierung eine führende Rolle und bot Truppen bis zu 12.500 Mann und etwa 72 Kampfflugzeuge und 18 Kriegsschiffe an.

Mit der ESVP bewegte sich die EU gegenüber den USA auf einem sensiblen Terrain. Die Briten gingen davon aus, dass die ESVP ohne Spannungen und Duplizierungen mit NATO-Strukturen zu machen sei und sich vielmehr Synergieeffekte ergeben würden. Auf dieser Linie versuchte sie auch die vermittelnde Position, die sie gegenüber den USA einnahm, weiter auszufüllen. Die Vorstellung von Synergieeffekten wurde von der konservativen Opposition nicht geteilt, die eine kritische Haltung gegenüber der ESVP einnahm. Bemerkenswert ist außerdem, dass sich die britische Regierung nicht immer im Einklang mit der französischen Regierung befand, mit der sie zwar in einer gemeinsamen Initiative die ESVP ins Rollen gebracht hatte, deren Tendenz, in Konkurrenz mit der NATO treten zu wollen, bei der britische Regierung aber Besorgnis erregte.

Im Lauf der Diskussion zwischen EU und NATO wurde immer deutlicher, dass die Türkei zum Stolperstein für die geplante Arbeitsteilung zwischen EU und NATO werden könnte. Die Herausforderung, ein türkisches Veto gegen die Nutzung der NATO-Strukturen durch die EU zu verhindern, wurde durch die türkische Beitrittskandidatur zur EU noch erheblich erschwert. Die britische Regierung, die wegen ihrer Verpflichtungen gegenüber Zypern besonders sensibel gegenüber dieser sich entwickelnden türkischen Dimension des Problems war, verwandte viel Energie auf Versuche, diesen Streit zu schlichten.

Inneres und Justiz

Die britische Regierung hatte 1999 eine aktivere Teilnahme bei der Gemeinschaftspolitik im Bereich Inneres und Justiz und bei den integrierten Schengen-Vereinbarungen in Aussicht gestellt. Die britische Haltung, so viel wie möglich pragmatisch zu kooperieren, die speziellen britischen Grenzkontrollen aber beizubehalten, blieb konstant. Generell waren die britischen Behörden daran interessiert, sich möglichst stark an länderübergreifenden Kooperationen zu beteiligen, die in der EU, und auch schon langsam im Verbund mit den Beitrittskandidaten, Gestalt annahmen.

Diese Bereitschaft zur zielorientierten Zusammenarbeit versandete jedoch im andauernden Konflikt mit Spanien über Gibraltar. Die von Spanien in Amsterdam

durchgesetzte und nun gegen Großbritannien angewandte Einstimmigkeitsklausel machte die Umsetzung dieser pragmatischen Haltung zu einem schwierigen Unternehmen. Im April 2000 wurde dieser Streit zumindest soweit gelöst, dass Großbritannien sich der Schengen-Vereinbarung über polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, inklusive des Schengen-Informationssystems, anschließen konnte.

Die Reform der Europäischen Union

Historisch gesehen nahmen britische Regierungen bei Vertragsrevisionen immer eine Haltung ein, die darauf bedacht war, den Status quo zu bewahren und skeptisch gegenüber allzu weit reichenden Reformen blieb. Deshalb waren die Briten immer wenig erfreut über Regierungskonferenzen und hatten immer versucht, den Ehrgeiz der integrationsfreundlicheren Partner zu zügeln. Die Regierungskonferenz, die zum Vertrag von Nizza führte, erlebte hingegen eine wesentlich aufgeschlossener britische Regierung. Selbstverständlich blieb die konservative Opposition bei ihrer ablehnenden Haltung, die sich noch weiter verschärfte. Die Blair-Regierung verhielt sich gegenüber der sich abzeichnenden Agenda sehr entspannt. Britische Minister, und vor allem der Premierminister selbst, hatten sich im Lauf des vergangenen Jahres aktiv und konstruktiv an der Reformdebatte beteiligt. Ein Thema, das den Briten besonders am Herzen lag, war dabei die Erweiterungsfähigkeit der Union. Als Politiker anderer Mitgliedstaaten, beginnend mit der Humboldt-Rede von Joschka Fischer, ihre Vorstellungen tief greifender Reformen nach der Vertragsrevision von Nizza vortrugen, beteiligte sich auch die britische Regierung daran. Hier zeichnen sich Bestrebungen ab, aus dem Vereinigten Königreich einen aktiveren Gestalter des EU-Systems zu machen, als es dies bisher war.

Die Regierungskonferenz

Die begrenzte Agenda der Regierungskonferenz erleichterte der britischen Regierung die Umsetzung dieser Strategie. Die Regierungschef aller Mitgliedsländer waren übereingekommen, sich auf die Left-overs von Amsterdam zu konzentrieren, die für die Briten nicht besonders schwer wiegend waren. Denn die Regierung hatte sich bereits damit abgefunden, dass die größeren Mitgliedstaaten künftig nur noch einen Kommissar stellen würden. Was die Stimmengewichtung im Rat betraf, hatte sich überraschender Weise schnell die Meinung durchgesetzt, dass das Gewicht der großen Staaten gestärkt werden müsse. So konnte sich die britische Regierung ohne Weiteres hinter den schärferen Tönen Frankreichs und Spaniens verstecken.

Eine schwierigere Frage war die Ausdehnung der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit im Rat. Die Regierungskonferenz listete eine Vielzahl von Bereichen auf, in denen die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit eingeführt werden sollte. Der britischen Regierung genügte es, sich denen anzuschließen, die eine Trennung zwischen der Entscheidung über die Implementierung bereits beschlossener Fragen und der Entscheidung über neue Fragen und Fragen mit konstitutionellen Rang verankert wissen wollten. Wie erwähnt, war die britische Position bei der Frage der Steuerharmonisierung unnachgiebig. Dieser Punkt gehörte zu der

DIE EUROPAPOLITIK IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER EU

Hand voll von Fragen, bei denen die Briten klar machten, dass sie die rote Linie nicht überschreiten würden. Doch stellten diese Fragen kein größeres Problem dar, denn trotz aller Rhetorik britischer Minister über „rote Linien“, war dieses Ziel nicht schwer zu erreichen, da auch andere Mitgliedstaaten bei diesen Themen die Einstimmigkeit beibehalten wollten.

Ein anderes Thema der Regierungskonferenz war die Erleichterung der restriktiven, in Amsterdam beschlossenen Regelungen zur „verstärkten Zusammenarbeit“. Dies war Quelle einer gewissen Nervosität auf britischer Seite, da beim Thema der verstärkte Zusammenarbeit immer die Gefahr eines möglichen Ausschlusses Großbritanniens von einem neuen wichtigen Gebiet der Integration gesehen wurde. Die britische Nervosität konnte beschwichtigt werden, und so wurde der Weg zu einer Übereinkunft in Nizza frei, die auch das generell entspanntere Verständnis der Briten in dieser Frage widerspiegelte.

Die Grundrechtecharta

Neben der Vertragsrevision stand beim Europäischen Rat von Nizza die Deklaration der Grundrechtecharta auf dem Programm. Interessanter Weise hatte sich die britische Regierung frühzeitig dazu entschlossen, die Charta nicht grundsätzlich abzulehnen und noch nicht einmal gegen die ungewöhnliche Verfahrensweise anzugehen, den Entwurf von einem Gremium, das als Konvent bekannt wurde, ausarbeiten zu lassen. Das Dokument, so die Überlegung, würde sich als schwacher Text erweisen, der keiner grundsätzlichen Ablehnung bedarf. Eine prinzipielle Ablehnung würde nur das Risiko bergen, in der folgenden Diskussion an den Rand gedrängt zu werden.

Im Verlauf der Arbeit des Konvents wurde die britische Regierung – und mit ihr ein großer Teil der öffentlichen Meinung Großbritanniens – unruhig. Da die Briten selbst nicht über die Tradition eines festgeschriebenen Grundrechtekatalogs verfügen, bevorzugten sie eher einen deklaratorischen, statt einen verbindlichen, einklagbaren Charakter des Textes. Erst im Oktober 2000 (etwas früher in Schottland) war das Gesetz, das die Menschenrechtskonvention des Europarats festschreibt, in Kraft getreten. Den Briten wurde langsam klar, dass hier wieder eine Reihe von Verpflichtungen auf sie zu kam. Eine zusätzliche Grundrechtecharta der EU, so die Befürchtung, könnte damit zu weiteren Komplikationen durch widersprüchliche Rechtsquellen führen. Diese Ängste gaben den Ausschlag für die britische Regierung, in Nizza ein verbindliches Dokument zu verhindern.

Eine zweite Sorge galt dem Inhalt des Dokuments und dabei besonders der Aufnahme von wirtschaftlichen und sozialen Rechten, die nach britischer Meinung nicht in der selben Weise wie politische Rechte juristisch kodifiziert werden können. Der Vertreter der britischen Regierung im Konvent, Lord Goldsmith, wurde ein einflussreicher Fürsprecher einer schlankeren Charta, die klar zwischen wünschenswert und durchsetzbar unterscheidet.

Die Erweiterung

Die Briten unterstützten von Anfang an die Erweiterung und behielten auch im vergangenen Jahr diesen Kurs bei. Dabei konzentrierten sie sich besonders auf die Suche nach Möglichkeiten, die EU auf die Folgen der Erweiterung vorzubereiten. Da sie von der engen Agenda der Regierungskonferenz nicht abrücken wollten, zeigten sie sich dem anvisierten Post-Nizza-Prozess gegenüber aufgeschlossen und reagierten entgegen traditioneller britischer Reflexe auf Fischers Humboldt-Rede nicht völlig abweisend. Vielmehr zeichneten sich seit Februar 2000 mit der Rede Blairs in Gent eigene britische Reformvorschläge ab.

Diese nahmen mit der Rede Blairs vor der polnischen Börse im Oktober noch klarere Konturen an. Die Rede war in mehreren Aspekten bemerkenswert: Sie verstand sich als britischer Beitrag zu der europapolitischen Diskussion, die mit Fischers Humboldt-Rede begonnen hatte. Polen wurde gewählt, um die enge Verbindung zwischen Reformbedarf und dem Ziel der Erweiterung zu demonstrieren und um Polen zu signalisieren, dass es unter den ersten Beitrittsländern sein soll. Die Rede betonte die Notwendigkeit, bei der Reform darauf zu achten, ein größeres Vertrauen der nationalen Öffentlichkeit in den Mitgliedstaaten zu erhalten. Die Warschauer Rede enthielt zwei konkrete Punkte: Zum einen sollte die Machtverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, vielleicht durch einen Kompetenzkatalog, klarer geregelt werden. Zum anderen plädierte Blair für die Einrichtung einer Parlamentskammer auf EU-Ebene aus Vertretern der nationalen Parlamente.

Innenpolitik

„Positives Engagement im politischen Prozess der EU, aber wenig innenpolitischer Einsatz für europäische Themen.“ Dieses Bild charakterisiert weiterhin die Situation im Vereinigten Königreich. Die Blair-Regierung engagierte sich zwar in der Europapolitik, und wie dargestellt, besonders für die Wirtschaftsreformen, die Erweiterungsfähigkeit und die Europäische Verteidigung. Sie traute sich aber nicht, innenpolitisch für diese Politik zu werben, geschweige denn ein Referendum zur WWU ins Auge zu fassen – das gescheiterte Referendum in Dänemark verstärkte diese Haltung. Sie zögerte sogar, öffentlich Urheberrechte an der wichtigen britischen Initiative zur europäischen Verteidigungspolitik für sich geltend zu machen. In diesem Sinne gestaltete sie auch den Wahlkampf zu den Wahlen im Juni.

Den verheerenden Ausbruch der Maul-und Klauen-Seuche brachte die britische Regierung, ganz im Gegensatz zur britischen Politik unter der Vorgängerregierung beim Thema BSE, mit massivem und brachialem Einsatz und in enger Abstimmung mit den europäischen Partnern unter Kontrolle.

Öffentliche Meinung

Die Europabegeisterung der britischen Öffentlichkeit blieb auf niedrigem Niveau – laut Eurobarometer hielten nur 29 Prozent die EU und nur 25 Prozent den Euro für eine gute Sache. Eine MORI-Umfrage im Juni 2000 zeigte, dass 70 Prozent das Pfund als Währung behalten möchten, jedoch auch 67 Prozent davon ausgehen,

DIE EUROPAPOLITIK IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER EU

dass sie über kurz oder lang wohl doch den Euro benutzen werden. Eine andere MORI-Umfrage ergab eine Mehrheit für die Krisenreaktionskräfte und für eine engere Partnerschaft mit den Mitgliedern der EU als mit den USA.

Parteipolitik

Die Polarisierung zwischen den politischen Kräften in Großbritannien entlang des Europathemas verschärfte sich während des letzten Jahres weiter. Labour und ihre Anhänger sowie die Liberaldemokraten und die schottischen Nationalisten waren europafreundlicher, die Konservativen und ihre Klientel europaskeptischer eingestellt. Im Wahlkampf machten die Konservativen das Europathema zu einem der Schlüsselthemen. Nach der Niederlage und dem Rücktritt William Hagues deutete sich mit dem beachtlichen Erfolg von Kenneth Clark, der den europafreundlichen Flügel der Partei vertritt, bei den Vorbereitungen zur Kür eines neuen Parteivorsitzenden eine mögliche Trendwende an. Sollte jedoch sein Rivale, Duncan Smith, der von der früheren Premierministerin Margaret Thatcher unterstützt wird, als Sieger aus dem innerparteilichen Führungs- und Richtungsstreit hervorgehen, dürfte die europaskeptische Linie beibehalten werden.

Die Strategie der Regierung

Um das positive Engagement auf der europäischen Bühne und die Grenzen des innenpolitischen Rahmens besser aufeinander abstimmen zu können, versuchte die britische Regierung eine strategischere Herangehensweise an die Planung und das Management ihrer Europapolitik, die aber auf innenpolitischem Gebiet eher zu kurz griff. In der europäischen Arena stellten gemeinsame Initiativen mit anderen Mitgliedsländern ein Schlüsselement dieser Strategie dar. Beispielsweise wurde zusammen mit Schweden und Spanien eine Initiative zum Thema „Wirtschaftliche Reformen“ entwickelt. Zusammen mit Deutschland und den nordischen Ländern gab es eine Initiative zu Haushaltsfragen und zu Fragen der Effizienzsteigerung. Trotz den erwähnten Spannungen in der Frage des Verhältnisses zu den USA und zur NATO blieb die Beziehung zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich im Bereich der europäischen Verteidigungspolitik eng. Unter den Beitrittskandidaten wurden Signale einer engen Partnerschaft in Richtung Polen gegeben.

Bei der administrativen Neuordnung zur Umsetzung der Strategie wurde die Koordination in den Bereich des Premierministers verlagert. Damit signalisierte Tony Blair seinen Anspruch und Willen, die Europapolitik zu gestalten. Nur die Frage der WWU blieb bei Gordon Brown und dem Finanzministerium. Hier wurde wieder das heikle und rivalisierende Verhältnis der beiden mit seinen Auswirkungen auf die Europapolitik deutlich.

Anmerkungen

Für ihre Mitarbeit möchte die Autorin Lin Chong-Yau danken.

Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbato, M.A., Ludwig-Maximilians-Universität München.